

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

in dieser Woche gab es große Debatten zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Plenum des Bundestages. Am Donnerstagmorgen haben wir über den **Armuts- und Reichstumsbericht** der Bundesregierung diskutiert. In diesem Bericht werden die Verteilungsfragen in unserem Land thematisiert. Die FDP hat vorab versucht, den Armuts- und Reichstumsbericht zu manipulieren. Im ersten Entwurf hatten die Mitarbeiter von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) noch den Mut, die bittere Spaltung unserer Gesellschaft ungeschminkt offen zu legen. Doch dann wurde zensiert, gestrichen und umgeschrieben. Anders als in der Ursprungsfassung finden sich nun keine Hinweise mehr auf die zunehmende soziale Spaltung in Deutschland. Auch kritische Aussagen zur Lohnentwicklung wurden beschönigt. Das zeigt die Unehrllichkeit der Bundesregierung: Sie vertuscht die Wahrheiten, die ihr politisch ungelegen kommen. Sigmar Gabriel hat für die SPD in der Debatte gefordert, dass wir eine neue Verteilung der Gemeinwohllasten und eine neue Verteilung von Chancen brauchen. Dafür allerdings brauchen wir vor allem eines: Eine neue Regierung.

Auch in der Debatte zu unserem SPD-Antrag, mit dem der **Missbrauch von Werkverträgen in der Arbeitswelt** verhindert werden soll, haben Union und FDP gezeigt, dass ihnen die Menschen, die in unserem Land von schlechten Löhnen und Arbeitsbedingungen betroffen sind, egal sind. Immer wieder tauchen in den Zeitungen Schlagzeilen auf, dass Menschen für 6,50 Euro die Stunde Regale einräumen oder dass in Schlachthöfen über eine rumänische Firma Menschen für 173 Euro im Monat im Akkord Tiere schlachten. Die Bundesregierung sagt immer: „Uns ist nicht bekannt, wie viele Werkverträge es in Deutschland



Berlin-Brief, Ausgabe 133
22. Februar 2013

Meine Termine

SPD-AK Europa: Die Zukunft Europas – Mehr Demokratie wagen!

22.2.2013, 19 Uhr, Heilbronn, Gaststätte Harmonie

IG BCE-Bezirksdelegiertenkonferenz

23.2.2013, 9.30 Uhr, Ludwigsburg, Forum am Schlosspark, Stuttgarter Str. 33

Sitzungswoche des Deutschen Bundestages

25.2.2013 - 1.3.2013, Berlin

Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg mit Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl 2013

2.3.2013, 10 Uhr, Heilbronn, Harmonie

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50

74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

gibt. Deswegen können wir nicht handeln.“ Diese Aussage ist zutiefst zynisch. Ich sehe mich als einen Politiker, der nicht danach reagiert, wie die statistischen Daten aussehen, sondern der danach handelt, wie es den Menschen in unserem Land tatsächlich geht. Wir dürfen doch nicht die Augen verschließen, wenn wir von Schicksalen und Bedingungen in unserer Arbeitswelt hören, die nicht menschenwürdig sind. Da ist es doch egal, ob es um 100.000 oder „nur“ 1.000 Menschen geht – da ist jedes Schicksal eines zu viel. Deswegen ist es dringend notwendig, im Bereich der Werkverträge und des Fremdpersonals endlich zu handeln! Ich habe dazu im Plenum gesprochen. **Meine Rede erhalten Sie anbei.**

Eine zweite Rede habe ich zum neuen **Seearbeitsgesetz** gehalten. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hatte 2006 das Seearbeitsübereinkommen beschlossen, mit dem international bessere Arbeitsbedingungen auf See durchgesetzt wurden. Das Seearbeitsgesetz setzt dieses Übereinkommen national um. Die Seearbeit ist eine besondere Arbeit, sei es auf dem Neckar oder im Atlantik. Deswegen sind auch besondere Regelungen, insbesondere zur Zahlung der Heuer und zu Höchstarbeitszeiten auf Schiffen, notwendig. Union und FDP haben das Seearbeitsgesetz jedoch so gestaltet, dass die Arbeitsbedingungen sich eher verschlechtern als verbessern. Auch beim Seearbeitsgesetz wird also deutlich: Die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer spielen für Schwarz-Gelb bei der Gesetzgebung keine Rolle.

Am Mittwoch wurde in erster Lesung das **Mandat für eine Entsendung von Bundeswehrosoldaten nach Mali** diskutiert, das für zwölf Monate gelten soll und auf der Grundlage von Resolutionen der Vereinten Nationen steht. Zum einen geht es um die deutsche Beteiligung an der EU-geführten militärischen Ausbildungsmission EUTM Mali. Damit soll die malische Armee besser ausgebildet werden. Deutschland wird mit ca. 40 Ausbildern und einer etwa gleich großen Zahl an Sanitätskräften vertreten sein; insgesamt werden 450 europäische Soldaten in Mali sein. EUTM Mali soll Anfang April seine Arbeit aufnehmen. Das zweite Mandat sieht die Unterstützung der Internationalen Unterstützungsmission AFISMA vor, worunter vor allem der Lufttransport sowie die Luftbetankung zur Unterstützung der französischen Streitkräfte fällt. Mir ist es wichtig, dass wir uns nicht allein auf militärische Maßnahmen beschränken. Entscheidend ist ein breit angelegter politischer Prozess, der vor allem den Dialog zwischen der Regierung in Bamako und den Bevölkerungsgruppen im Norden Malis fördert. Humanitäre Hilfe ist ebenfalls dringlich, um eine Hungerkatastrophe im kommenden Jahr zu verhindern, da viele Bauern wegen des Konflikts ihre Felder aufgeben mussten. Eine Entscheidung im Bundestag über die beiden Mandate wird voraussichtlich in der kommenden Woche fallen. Ich halte Sie darüber auf dem Laufenden.

Mit freundlichen Grüßen

